



WESERSPIEGEL

Mitteilungen der Deutschen kommunistischen Partei Minden Ausgabe Nov./Dez. 2012

Wohnen wird wieder teurer

Die Grundsteuer B wurde bereits im Jahr 2010 um fast 10 Prozent (9,7 Prozent) angehoben. Nun soll sie erneut um 9,2 Prozent erhöht werden.

Dieser Vorschlag der Verwaltung wird mit Sicherheit wieder von einer ganz großen Koalition im Stadtrat so beschlossen werden.

Diese beiden Schritte erhöhen die Grundsteuer für Mieter und Hausbesitzer um insgesamt mehr als 20 Prozent, um mehr als ein Fünftel. Neben den ohnehin üblichen Mieterhöhungen fällt das bei der Jahresabrechnung ins Gewicht. Von den steigenden Energie-

preisen einmal ganz abgesehen.

Ein Vorgeschmack

Die Mieter und Hausbesitzer werden zur Kasse gebeten, um Lücken im Stadthaushalt notdürftig zu stopfen. Damit sollen die Auflagen des sogenannten „Stärkungspakts“ erfüllt werden. Was hier in Form einiger weniger Millionen Euro als Hilfe des Landes NRW daherkommt, ist in Wirklichkeit eine Zwangsmaßnahme für die betroffenen Städte und Gemeinden wie die Stadt Minden, Gebühren anzuheben und zugleich Leistungen einzuschränken.

Diese Erhöhung ist erst ein Vorgeschmack auf Kommendes. In der Haushaltsplanung werden Ausgaben ab 2014 einfach eingefroren und zugleich jährliche Kürzungsbeträge von bis zu 2,25 Millionen Euro eingesetzt. Völlig unklar ist, in welcher Form das umgesetzt werden soll. Nur eines ist klar: Einschneidend wird es werden.

Die DKP Minden lehnt alle Gebührenerhöhungen für die Bevölkerung und damit auch diese Erhöhung der Grundsteuer eindeutig ab.

Gebührenerhöhungen für die Bevölkerung mit und ohne Job, der Abbau von öffentlicher Daseinsvorsorge oder der Abbau von Arbeitsplätzen werden der Stadt Minden nicht aus ihrer Haushaltsmisere helfen können. Wer das glaubt, der kann genauso gut an das Märchen von Münchhausen glauben, der sich am eigenen Schopfe aus dem Sumpf zog.

Verschuldung ist gewollt

Die dramatische Verschuldung der Kommunen ist von den Verantwortlichen im Bund und den Ländern politisch so gewollt. Die Abwälzung finanzieller Lasten auf die kommunale Ebene ist Bestandteil der gesamten Umverteilung von unten nach oben!

Fortsetzung auf Seite 2



Umfairteilen – für eine Millionärssteuer

Um“fair“teilen lautete das Motto, mit dem mehrere Mindener Gruppen am 15.9. gemeinsam für höhere Steuern für die Reichen, für eine Vermögensabgabe für Millionäre warben. Dabei war auch die DKP Minden. Die DKP betrachtet den Stop der Umverteilung von unten nach oben und die Durchsetzung einer Millionärssteuer als einen wichtigen Schritt, um das Tor für eine andere Politik in diesem Lande zu öffnen.

Fortsetzung von Seite 1

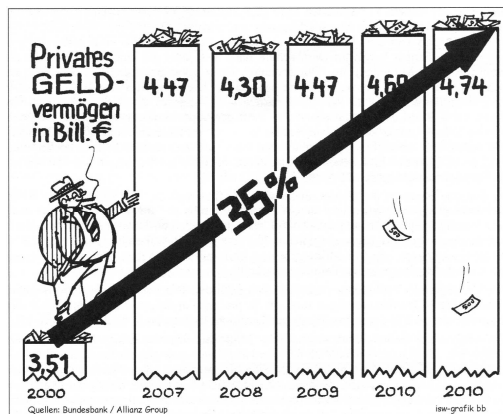
Ziel der neoliberalen Politik ist es, den Handlungsdruck auf die Städte immer weiter zu erhöhen, damit möglichst auch noch die letzte kommunale Dienstleistung privatisiert wird. Den Bürgern wird das jedoch als „Sachzwang“ verkauft.

Schulden streichen!

Der Ausweg aus der Finanzmisere ist die Streichung aller kommunalen Schulden.

Einzigster Gewinner der öffentlichen Verschuldung sind die Banken und Finanzhaie und damit die Reichen unseres Landes.

Die Großbanken haben in den letzten Jahrzehnten an den Schulden der Gemeinden riesige Gewinne gemacht.



Die bundesdeutschen Millionäre besitzen zusammen über 2,2 Billionen Euro an Geldvermögen. Das ist mehr als Bund, Länder und Kommunen zusammen an Schulden haben.

ECE und Bürgerbeteiligung: Wünsch Dir was und wir machen was wir wollen

Das ist also die Bürgerbeteiligung zur Gestaltung des Wesertores. Es durften Wünsche geäußert werden: Ein „Stadtbalkon“ mit Cafe an der Schlagde, ein Schiffsmodell auf einem Ponton als große Attraktion.

Schön - nur wer soll das bezahlen? Nicht ECE. Dieser Investor ist nur an seinem überdimensionierten Einkaufszentrum interessiert.

Die Bürger können sich viele Durchgänge des Einkaufszentrums zu Plätzen und Straßen wünschen. Doch an einem riesigen Staubsauger, der die Käuferströme in die eigenen Mauern locken soll, soll nicht zu rütteln sein. Danach werden auch die Straßenplanung und Verkehrsführung ausgerichtet.

So bleibt der Eindruck, das ganze

dient dazu, die Akzeptanz für das Einkaufszentrum zu erhöhen.

Im kommenden Jahr will die Stadtverwaltung ihre Öffentlichkeitsarbeit verstärken. Die entsprechenden Mittel sollen auf 44.000 Euro erhöht werden. Sind das nicht eigentlich Werbungsausgaben für den ECE-Konzern, die von der Stadt so nebenbei übernommen werden?

Rüstungshaushalt auf Rekordhoch

Über 33 Milliarden Euro sollen im kommenden Jahr für die Rüstung ausgegeben werden. Das ist der höchste Betrag in der Geschichte der Bundesrepublik.

Von Sparen ist immer die Rede, doch wird das nie bei diesem Posten umgesetzt. Im Gegenteil.

Der Rüstungshaushalt steigt um 1,4 Milliarden Euro.

Die Bundeswehr wird kleiner, aber immer teurer. Immer neue Waffensysteme sollen angeschafft werden.

Eine Armee, die weltweit in den

Krieg geschickt werden kann, kommt uns teuer zu stehen.

Mit diesen 33 Milliarden könnte man viele nützliche zivile Arbeitsplätze schaffen.

Impressum: Herausgeber: DKP Minden, V.i.S.d.P.: G. von der Ahe, Brahmweg 11, 32427 Minden

UZ KOSTENLOS TESTEN!
unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen. Probeabo anfordern unter: <http://www.unsere-zeit.de>

Energiewende?

"Unternehmen sparen – wir zahlen“

Strom wird für Privathaushalte in Deutschland langsam zum Luxusgut. Über sechs Milliarden Euro mehr müssen die Verbraucher nächstes Jahr für den Strom zahlen. Für einen Drei-Personen-Durchschnittshaushalt (Verbrauch 3000 Kilowattstunden) bedeutet das eine jährliche Mehrbelastung von 60 Euro. Da der Staat über die Mehrwertsteuer zusätzlich abkassiert, sind es sogar über 70 Euro.

Noch im Juni 2011 verkündete Merkel: "Die Umlage soll nicht über die heutige Größenordnung von 3,5 Cent je Kilowattstunde steigen." - Heute heißt es: Ab 2013 müsst Ihr 5,277 Cent pro Kilowattstunde bezahlen !!!

Im Jahr 2012 wird deutlich: Die Kosten der Energiewende werden fast ausschließlich den Privathaushalten aufgehalst. Das liegt an den vielen und in den letzten Jahren noch vermehrten Reduzierungen und Freistellungen der industriellen Stromverbraucher von der Ökoumlage.

Energiekonzerne und Großindustrie profitieren davon.

(siehe dazu: Franz Garnreiter, www.isw-muenchen.de)

Es sind drei Gründe, weshalb die Energiewende immer mehr zu Lasten von Otto Normal-Verbraucher geht:

1. da ist einmal das chaotische Management von Politik und

Energiekonzernen bei der Umsetzung der Energiewende. „Die Verbraucher zahlen die Rechnung für eine schlecht geplante, ineffiziente und unnötig teure Energiepolitik“, sagt Gerd Billen, Chef des Spitzenverbandes der deutschen Verbraucherzentralen VZBV (zit. nach Spiegel, 27.8.12);

2. zum zweiten ist es das Subventions- und Privilegiengeflecht, das beim Strompreis um Konzerne und Großunternehmen herum aufgezoogen und mit der Energiewende verdichtet wurde;

3. und schließlich treibt die Abzocke der Energiekonzerne auch als Trittbrettfahrer der Energiewende den Strompreis immer weiter in die Höhe.

Erneuerbare Energie ist der richtige Weg!

Nicht der "Ökostrom" ist an der Preistreiberei schuld, sondern die Gier der Konzerne, Hand in Hand mit unserer Regierung.

Schaut man genau hin, **senken** Wind- und Solarstrom sogar den Strompreis.

Ökostrom wird oft genau zur Mittagszeit produziert. Durch die garantierte Abnahme werden die Kosten für den Einkauf des sehr teuren "Spitzen"-Stroms gesenkt. Diese Einsparung geben die Konzerne aber nicht weiter.

Die Energiekonzerne haben im vergangenen Jahrzehnt zig-Milliarden an Profit gemacht. Im ersten Halbjahr 2012 stieg der Nettogewinn (nach Steuern) bei E.ON auf 3,3 Milliarden Euro, bei RWE auf 1,67 Mrd. Euro. Ihren Profit wollen sie zusätzlich



Der Nutzen Erneuerbarer Energien durch vermiedene Umweltschäden oder sinkenden Strompreis in den Spitzenzeiten (Merit-Order-Effekt) stellt die einhergehenden Kosten in den Schatten. Der gesellschaftliche Nutzen Erneuerbarer Energien beläuft sich nach aktuellen Berechnungen allein im Strombereich auf mindestens 21 Milliarden Euro pro Jahr. Dem standen im Jahr 2011 finanzielle Aufwendungen von knapp 14 Milliarden Euro für die Förderung umweltfreundlicher Elektrizität gegenüber.

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3:

durch Kostensenkung, sprich! - Arbeitsplatzvernichtung in die Höhe treiben.

RWE will im Rahmen seines Sparprogramms im Jahr 2015 10.400 Stellen der jetzt 72.000 Arbeitsplätze abbauen; E.ON plant bis 2015 die Vernichtung von 11.000 der 80.000 Arbeitsplätze.

Die DKP fordert:
Eine sozial und ökologisch gestaltete Energiewende bedarf der Enteignung und Vergesellschaftung dieser Konzerne - unter demokratischer Kontrolle, verbunden mit einer gesamtgesellschaftlichen Energieplanung. Wir brauchen die öffentliche

Kontrolle über Gewinne, Investitionen und Preise.

Weitere Informationen:

<http://www.isw-muenchen.de/download/energiewende-fg-20120925.pdf>
www.unendlich-viel-energie.de

Die DKP im Internet:
www.kommunisten.eu
www.dkp-minden.de

Schluss mit Stromsperren!

Fast alles wird teurer: Lebensmittel, Miete, Energie.

Bei stagnierenden oder sinkenden Einkommen wird das für immer mehr Menschen zu einem unlösbaren Problem. Besonders krass sind die Folgen, wenn das Geld nicht mehr zum Bezahlen der Stromrechnung oder einer Nachzahlung reicht. Dann greifen die Stromversorger zu einem drastischen Mittel: Sie stellen den Strom einfach ab.

Danach ist ein normales Leben nicht mehr möglich.

Zum Wiederanschluss werden zusätzliche Gebühren fällig. Eine oft hoffnungslose Lage.

Großabnehmer bekommen elektrische Energie zu Spottpreisen. Deshalb ist die Forderung berechtigt: Schluss mit den Stromsperren für zahlungsunfähige Kleinverbraucher. Wer seine Stromrechnung nicht bezahlen kann, braucht Hilfe und keine Zwangsmaßnahmen, die das Leben zusätzlich verschlimmern. Sozialtarife für Energie sind nötig.

Seit 2005 sind die Strompreise für Privathaushalte um 40 Prozent gestiegen.

Weder Rentenerhöhungen noch Hartz-IV-Sätze haben dem Rechnung getragen.

In den Hartz-IV-Sätzen sind sogar nur 26 Euro für Strom enthalten.

Und die Rentner haben in den vergangenen 10 Jahren etwa 20 Prozent ihrer Rente durch die Inflation verloren.

Altersarmut: Wie aus heiterem Himmel

Als hätten sie es nie gewusst: Wie aus heiterem Himmel entdecken CDU und SPD plötzlich die drohende Altersarmut.

Dabei waren sie es, die das künftige Rentenniveau auf 43 Prozent des Nettoeinkommens abgesenkt und das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre angehoben haben. Dabei war es die SPD/GRÜNE-Regierung, die unter dem Beifall von CDU/CSU und FDP in unserem Land mit den Hartz-Gesetzen den größten Niedriglohnsektor in ganz Europa geschaffen hat.

Und entsprechend sind ihre Rezepte. Sie mildern – wenn überhaupt – nur für ganz wenige Menschen die

Altersarmut und sind nur Almosen.

Die Rezepte von CDU und SPD sollen zudem nur den privaten Rentenversicherungen weitere Kunden zutreiben.

Helfen tut nur, das zu tun, wovon in den Verlautbarungen von CDU und SPD nie die Rede ist: Die Rentenabsenkungen und die Rente mit 67 zurückzunehmen, die Arbeitgeber wieder stärker an den Rentenbeiträgen zu

beteiligen und die prekären Arbeitsverhältnisse und Niedriglöhne zurückzudrängen. Mit Mindestlöhnen von 10 Euro die Stunde, mit deutlicher Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Dann stimmt's auch besser mit der Rente.



isw/bb